

Kurzposition zu China

Wirtschaftsbeziehungen kritisch überdenken, aber nicht abbrechen – Beziehungen auf Augenhöhe anstreben

China ist zum wichtigsten Handelspartner der bayerischen Wirtschaft geworden. 2022 summierte sich das Handelsvolumen Bayerns mit der Volksrepublik auf 54,9 Milliarden Euro, das sind 11,8 Prozent des gesamten Außenhandels des Freistaats. China ist unser größtes Lieferland und nach den USA und Österreich der drittgrößte Exportmarkt.

Zunehmend kritischere Haltung gegenüber China

Die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben die Verwundbarkeit unserer Lieferketten und die Abhängigkeiten von einzelnen Handelspartnern offen gelegt. China ist hierbei besonders in den Fokus gerückt: Die Menschenrechtsverletzungen, die eingetrübte wirtschaftliche Verlässlichkeit durch Auswirkungen der Null-COVID-Politik, die Unsicherheit bezüglich eines militärischen Konflikts mit Taiwan und die zunehmend aggressive, strategisch ausgerichtete Wirtschafts- und Handelspolitik inklusive massiver Subventionierungen der eigenen Unternehmen haben zu einer wachsenden kritischen Haltung gegenüber China geführt.

Hinzu kommt das offene Bestreben der USA nach einem De-Coupling, also einem wirtschaftlichen Entkoppeln von China, zu dem auch die EU veranlasst werden soll.

Neue Abwägung zwischen Effizienz und Versorgungssicherheit

Die Lehre aus den Krisen ist, dass wir unser auf Außenhandel und Internationalisierung der Wertschöpfung ausgerichtetes Geschäftsmodell prüfen und neu austarieren müssen. Dies gilt auch im Hinblick auf den wirtschaftlichen Umgang mit China.

Fakt bleibt, dass grenzüberschreitender Handel und internationale Arbeitsteilung die Produktivität und Effizienz erhöhen und somit wohlstandssteigernd wirken. Gerade Deutschland und Bayern mit einer großen und starken Industrie auf der einen Seite und dem vergleichsweise kleinen Binnenmarkt auf der anderen, sind auf Außenhandel und Internationalisierung angewiesen. Wir sind auch weiterhin überzeugt, dass internationale Wirtschaftsbeziehungen politisch stabilisierend und friedensstiftend wirken. Grenzüberschreitender Wirtschaftsaustausch führt in allen beteiligten Volkswirtschaften zu Wohlstand und Beschäftigung.

Zur Stärkung der Resilienz ist aber eine neue Abwägung zwischen Effizienz und Kostenoptimierung auf der einen Seite und Versorgungssicherheit auf der anderen Seite notwendig. Dies gilt

für jedes einzelne Unternehmen ebenso wie für unsere gesamte Volkswirtschaft. Zu dieser Abwägung gehört auch die Wahl unserer Handelspartner, die wir kritischer bewerten müssen als früher.

Diversifizierung, aber keine Entkoppelung

Entscheidend ist es, dass wir einseitige Abhängigkeiten reduzieren und künftig vermeiden. Dies gilt in besonderem Maße für Länder wie China. Die Volksrepublik ist Wettbewerber, gleichzeitig aber ist und bleibt China Handelspartner und bietet als dynamisch wachsender Absatz- und Beschaffungsmarkt Potenziale für bayerische, deutsche und europäische Unternehmen.

Wir können uns wirtschaftlich von China nicht entkoppeln, es wäre auch ökonomisch falsch. Eine aktuelle vbw Studie, die das ifo-Institut erstellt hat, zeigt, dass eine Entkoppelung Deutschlands oder Europas von China zu dauerhaften Verlusten an Wertschöpfung und Wohlstand für uns hätte. Eine weitere, von der Prognos AG erstellte vbw Studie, bestätigt, dass Europa deutliche ökonomische Verluste erleiden würde, wenn es sich im Falle einer Bi-Polarisierung allein dem US-dominierten Block zuwenden würde – ebenso wie im umgekehrten Fall. Gerade im Hinblick auf die Bekämpfung des Klimawandels brauchen wir auch China – als wichtigen politischen Akteur ebenso wie als Lieferant der zur Umsetzung der Maßnahmen notwendigen Produkte.

Politik und Unternehmen müssen eine Balance zwischen Wettbewerb, Rivalität und Partnerschaft für die Beziehungen mit China finden. Ohne Zweifel müssen wir in der neuen geopolitischen Lage unsere Handelspartner kritisch hinterfragen. Dabei müssen einseitige Abhängigkeiten deutlich reduziert werden. Hierfür ist eine stärkere Diversifizierung notwendig, sowohl auf der Beschaffungs- als auch auf der Absatzseite.

Selbstbewusstes Eintreten für Reziprozität und ein level playing field

Auf politischer Ebene muss mehr als bisher auf Augenhöhe mit China verhandelt werden. Dazu ist ein geschlossenes und kraftvolles Handeln Europas erforderlich. Das politische und ökonomische Gewicht der EU darf dabei nicht unterschätzt werden. Europa ist nach wie vor ein gewichtiger Wirtschaftsraum und auch für China ein wichtiger Partner. Die EU muss und kann selbstbewusst auftreten. Ein fairer und freier Wettbewerb mit chinesischen Unternehmen sowohl in China als auch in Drittstaaten erfordert ein Level Playing Field.

Im Feld von Direktinvestitionen und Unternehmensbeteiligungen muss das Prinzip der Reziprozität durchgesetzt werden. China muss Investitionsbeschränkungen abbauen, damit für europäische Investoren die gleichen Bedingungen gelten wie für chinesische Investoren in Europa. Investitionen ausländischer Unternehmen in die kritische Infrastruktur in Deutschland müssen im Einzelfall streng und kritisch geprüft werden.